LANDKREIS VECHTA

- Bau-, Struktur- und Umweltausschuss -
- 17. Wahlperiode -

An die
Mitglieder des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 19. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses am 26.11.2020

Anwesend:

Herr Thomas Hoping (Vorsitzender)	
Herr Heiko Bertelt	Vertretung für Herrn Niemann
Herr Heiner Dammann	
Herr Bernard Decker (stellv. Vorsitzender)	
Herr Josef Diersen	
Herr Matthias Elberfeld	
Herr Martin Fischer	Vertretung für Herrn Dr. Hartmut Koch
Herr André Hüttemeyer	
Herr Heribert Kolhoff	Vertretung für Herrn Dirk Witte
Frau Sabine Meyer	Vertretung für Herrn Robert Blömer
Herr Sam Schaffhausen	
Herr Manfred Schilling	
Herr Hermann Schütte	
Herr Franz-Josef Theilen	
Herr Matthias Warnking	
Herr Herbert Winkel (Landrat)	

Entschuldigt:
Herr Robert Blömer
Herr Stephan F. Blömer
Herr Dr. Hartmut Koch
Herr Heinrich Niemann

Hinzugezogen:
Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)
Herr Winfried Stuntebeck
Frau Petra Ahlers
Herr Markus Blömer

Frau Marie-Theres Küther (Protokollführerin)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 17.09.2020
5. Mitteilungen des Landrats
6. Fortschreibung Straßenbauprogramm 2021 (973/2020)
7. Kreishauserweiterung (977/2020)
8. Antrag von KTA Paul Trenkamp gem. § 56 NKomVG; Kornblumenweg (957/2020)
9. Antrag der Fraktion SPD gem. § 56 NKomVG, Cradle to Cradle Konzept (971/2020)
10. Antrag der Fraktion SPD gem. § 56 NKomVG, Alternativenprüfung zum geplanten Radweg an der K265 (972/2020)

- - - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Hoping eröffnet die Sitzung, die auf Grund der epidemischen Lage als Videokonferenz gemäß § 182 NKomVG abgehalten wird, um 17:03 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende Herr Hoping fest, dass die Ladung ordnungsgemäß sowie fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

KTA Schütte beantragt den Tagesordnungspunkt 7, unter dem die Erweiterung des Kreishauses beraten werden soll, von der Tagesordnung zu nehmen.
Zum einen habe die SPD-Fraktion nicht ausreichend Informationen über die Erweiterung des Kreishauses erhalten, um sich entsprechend vorbereiten zu können. Zum anderen könne durch die Videokonferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit nicht das öffentliche Interesse gewahrt werden, welches bei diesem Thema jedoch im erhöhten Umfang bestehe.

KTA Meyer erläutert, dass Herr Landrat Winkel vorab alle Fraktionsvorsitzenden über die Erweiterung des Kreishauses informiert und die Möglichkeit zur weiteren Vorstellung in den Fraktionen offeriert habe. Eine Vorbereitung war demnach möglich.

Herr Landrat Winkel ergänzt, dass auf Grund der epidemischen Lage das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz um den § 182 ergänzt wurde, der für vorbereitende Ausschüsse eine Beratung via Videokonferenz ermöglicht. Die Interessen der Öffentlichkeit werden durch eine unverzügliche Veröffentlichung des Protokolls gewahrt. Unter den aktuellen Umständen sei eine Präsenzveranstaltung nicht akzeptabel.

Der Ausschussvorsitzende Hoping resümiert, dass alle Voraussetzungen für eine Beratung vorliegen und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen:

„Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt."

4. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 17.09.2020

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 17.09.2020 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

„Die Niederschrift vom 17.09.2020 wird genehmigt."

5. Mitteilungen des Landrats

./.

6. Fortschreibung Straßenbauprogramm 2021 (973/2020)

Herr Blömer (Sachgebietsleiter Tiefbau und zentrale Vergabestelle) berichtet von den realisierten Maßnahmen in 2020 und stellt die Fortschreibung des Straßen- und Radwegebauprogramms 2021 vor. Die geplanten Maßnahmen sind der Anlage 1 zu entnehmen.
Des Weiteren berichtet Herr Blömer über die zunehmenden Herausforderungen bei der Verwirklichung dieser Maßnahmen. Zum einen werden die Randbedingungen, wie umfangreiche Untersuchungen des Baugrundes oder steigende Ansprüche der Anlieger, schwieriger und zum anderen dauern Grunderwerbsverhandlungen sowie Genehmigungsverfahren sehr lange.
Abschließend erläutert Herr Blömer, dass im Bereich der Kreisstraße 322 auf Grund des moorigen Untergrundes ein erhöhter Sanierungsbedarf besteht.

Der Ausschussvorsitzende Hoping bedankt sich bei Herrn Blömer für die Ausführungen und bedauert die sich verzögernde Umsetzung einiger Maßnahmen auf Grund äußerer Umstände.

Auf Nachfrage des KTA Bertelt erläutert Herr Blömer, dass eine Ursache für die Schwierigkeiten bei den Grundstücksankäufen u.a. der Wunsch bzw. die Forderung nach Ersatzflächen ist. Des Weiteren erklärt er, dass sofern möglich bei einem Radwegeneubau Leerrohre für einen Breitbandausbau mitverlegt werden.

Herr Blömer erwidert auf die Frage des KTA Hüttemeyer, dass ein zweiter Bauabschnitt an der Kreisstraße 245 mit GVFG-Mitteln in Höhe von 60 % gefördert werden könne. Die Baumaßnahme ist bereits im sogenannten Mehrjahresprogramm aufgenommen worden. Sofern der Landkreis Vechta bis zum Stichtag Baureife melde, könne im Folgejahr gebaut werden.

KTA Schütte bedankt sich ebenfalls für die umfassenden Ausführungen des Herrn Blömer und regt an für die Verkaufsverhandlungen in Wenstrup zur Anlegung des Radweges den Ortsvorsteher einzubeziehen.

Abschließend erklärt er, dass die SPD-Fraktion alle vorgestellten Maßnahmen mittragen werde.

7. Kreishauserweiterung (977/2020)

Herr Kreisrat Böckenstette erläutert, dass auf Grund vorangegangener Beschlüsse und bereits unterzeichneter Verträge das Gebäude, in dem das Gesundheitsamt untergebracht ist, zum 31.12.2025 an die LzO abgegeben werden muss. Dementsprechend ist eine Erweiterung des Kreishauses notwendig. Diese Erweiterung wäre nun am Standort Ravensberger Straße möglich, da das Grundstück sowie das Gebäude im Mai 2020 in das Eigentum des Landkreises Vechta übergegangen sind.
Daraufhin stellt Herr Böckenstette anhand anliegender Präsentation (vgl. Anlage 2) den voraussichtlichen Raumbedarf der Kreisverwaltung sowie die Konzeptidee des

Prof. Dr. Gerber zur Erweiterung des Kreishauses in vier Bauabschnitten vor.
Dabei erläutert Herr Böckenstette, dass bei der Ermittlung des Raumbedarfs sowie der Gestaltung der Büroräume die modernen Arbeitsformen, wie Co-Work-Spacing und Homeoffice, berücksichtigt worden sind. Zum einen übersteige der Personalbedarf die zu schaffenden Büroarbeitsplätze und zum anderen werden die Büroräume größer gestaltet, um einen fakultativen dritten Arbeitsplatz einrichten zu können.
Ziel sei es durch die Erweiterung des Kreishauses die Außenstellen aufzulösen. Zur Deckung des Raumbedarfs sei aus Sicht der Verwaltung die Umsetzung der Bauabschnitte eins bis drei ausreichend.

Anschließend erläutert Frau Amtsleiterin Ahlers, dass durch den Beschluss der Verwaltung ein Planungsauftrag erteilt werden würde. Daraufhin könne die Verwaltung mit Prof. Dr. Gerber die detaillierte Planung aufnehmen, auf deren Grundlage der Kreistag im Dezember 2021 einen Bauauftrag erteilen könnte. Der mögliche Baubeginn würde dann für das Frühjahr 2023 angestrebt werden, um zum Dezember 2025 insbesondere mit dem Gesundheitsamt aus bereits genannten Gründen umziehen zu können.
Abschließend berichtet Frau Ahlers, dass die Realisierung der ersten drei Bauabschnitte inklusive Tiefgarage nach ersten Kostenschätzungen 27.800.000,- € kosten würde. Diese Zahl sei jedoch nur ein grober Richtwert und würde sich durch Bodenuntersuchungen und die weiteren Planungen im Jahr 2021 konkretisieren.

KTA Schütte findet das vorgestellte Raumprogramm nachvollziehbar und sehe insbesondere durch die bereits beschlossene angestrebte Umstrukturierung die Notwendigkeit zur Erweiterung des Kreishauses. Unwägbarkeiten auch im Bereich des zukünftigen Personalbedarfs müssten hingenommen werden.
Abschließend bittet KTA Schütte um detailliertere Vorstellung der Planung in der Fraktionssitzung der SPD am 15.12.2020. Herr Böckenstette stimmt der Einladung zu.

Auf die Frage des KTA Hüttemeyer erläutert Herr Böckenstette, dass die Kosten für die Tiefgarage sehr hoch seien, die Chance zur Erstellung jedoch einmalig sei. Des Weiteren sei eine Vergrößerung der Parkpalette nicht möglich, der Bedarf an Parkplätzen würde jedoch bestehen.
Darüber hinaus verdeutlicht er erneut, dass neue Arbeitsformen in der Konzeptstudie zur Erweiterung des Kreishauses berücksichtigt wurden. Herr Landrat Winkel ergänzt, dass Bereiche für „working spaces“ sowie Räume, die gleichzeitig als Besprechungsraum, Treffpunkt und auch als Arbeitsplatz dienen, vorgesehen seien.

Herr Böckenstette führt auf Nachfrage des KTA Bertelt aus, dass der Verwaltung zunächst ein Planungsauftrag erteilt würde. Ein konkreter Bauauftrag durch die Politik würde erst im nächsten Jahr erfolgen. Demnach könne zum späteren Zeitpunkt auf den dritten Abschnitt verzichtet werden.
Auf den zweiten Bauabschnitt könnte nur bedingt verzichtet werden, da dieser zur Beschwerung der Tiefgarage dient. Ansonsten bestünde die Gefahr der Aufschwemmung. Die Kreisverwaltung hätte somit auch in Zukunft noch die Möglichkeit um einen dritten oder vierten Bauabschnitt zu erweitern.
KTA Bertelt sieht die Notwendigkeit, da fortwährend neue Aufgaben an die Verwaltung herangetragen werden. Er bittet jedoch um ressourcenschonende Einsetzung des Personals sowie Überprüfung vorhandener Strukturen und Aufgaben.
Auf die Äußerungen des KTA Diersen erläutert Herr Landrat Winkel, dass es sich beim Gebäude der Kreisverwaltung um ein gestalterisches Werk des Prof. Dr. Gerber handelt, welches Parkplätze nicht im Innenhof oder an sonstiger störender Stelle dulden würde. Zudem sei der Bau einer Tiefgarage zukunftsgerecht und ökologisch sinnvoll, da die versiegelte Fläche minimiert werde.

KTA Hüttemeyer erklärt, dass das geplante Kostenvolumen für den Ausschuss eine der größten Investitionsbeschlüsse der letzten Jahre sei. Dennoch betont er abschließend nochmals die Notwendigkeit der Erweiterung.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig bei 4 Enthaltungen:

> „Dem Kreistag wird empfohlen, die Verwaltung mit der Planung von drei Bauabschnitten zur Erweiterung des Kreishauses zu beauftragen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 27.800.000,- € werden in den kommenden Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt."

8. Antrag von KTA Paul Trenkamp gem. § 56 NKomVG; Kornblumenweg (957/2020)

Der Ausschussvorsitzende Hoping verweist auf den Antrag des Herrn Trenkamp und führt in die Thematik ein.

KTA Meyer plädiert für die Ablehnung des Antrages, da diese Thematik schon in vielerlei Hinsicht beraten worden sei. Z.B. sei die GeWoBau durch den Kreistag beauftragt worden in den nächsten fünf Jahren 250 Wohnungen zu schaffen und setze dies nun sehr aktiv um. Weitere Konzepte seien gut und wichtig, da die GeWoBau die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht alle stemmen könne. Zudem sei es wichtig, wie am Kornblumenweg geplant, ein Mischgebiet zu schaffen und eine Ghettoisierung zu vermeiden.

KTA Schaffhausen schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an und sieht den Grundgedanken des Antrages bereits in dem Konzept umgesetzt.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

> „Der Antrag des KTA Trenkamp, dass die Errichtung der Wohnungen und Häuser im Baugebiet „Kornblumenweg" ausschließlich durch die GeWoBau erfolgen soll, wird abgelehnt."

9. Antrag der Fraktion SPD gem. § 56 NKomVG, Cradle to Cradle Konzept (971/2020)

KTA Schaffhausen stellt den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Cradle-to-Cradle" vor. Er erläutert, dass bei Anwendung dieses Prinzips im Baubereich Müll gänzlich vermieden werden könne. Bei der Auswahl der Baustoffe solle z.B. darauf geachtet werden, dass diese wiederverwendbar seien, sodass unbehandeltes Holz oder Farben, die nicht ausdünsten, verwendet werden.

Auf Nachfrage der KTA Meyer erläutert Frau Amtsleiterin Ahlers, dass solche Anforderungen an Baustoffe auch in die Ausschreibungen mit aufgenommen werden müssten. Des Weiteren führt sie aus, dass die Verwaltung sich bereits mit dem Thema des ressourcenschonenden Einsatzes von Baustoffen befasst und die Ergebnisse aktuell zusammengetragen werden. Dieses Handlungsfeld umfasst jedoch mehrere Facetten, wie z.B. auch die energiearme Herstellung von Baustoffen. Die

Fokussierung auf einen Schwerpunkt sei sehr schwierig.

KTA Schütte erklärt, dass der Antrag als Einstieg in die gesamte Thematik des ressourcensparenden Bauens dienen soll. Die Auseinandersetzung mit dem Cradle-to-Cradle-Konzept sei dabei der erste Schritt, der für die Zukunft sehr wichtig sein werde.

KTA Hüttemeyer befürwortet die Idee zunächst, ist jedoch bei detaillierterer Betrachtung skeptisch für eine Umsetzung bei Bauten des Landkreises Vechta. Die Anforderungen an diese Bauten seien recht speziell, sodass die Verwendung von Ressourcen aus vorangegangenen Gebäuden problematisch gesehen werde.
Grundsätzlich sei das Thema jedoch interessant und KTA Hüttemeyer schlägt vor, den Antrag in den Fraktionen ausführlicher zu beraten.

KTA Elberfeld äußert seine Skepsis zum Cradle-to-Cradle-Konzept. Eine Umsetzung für die öffentliche Hand sei im Bereich des Hochbaus sehr impraktikabel. Sparsam und wiederverwendend zu arbeiten sollte bei allen Handlungsfeldern berücksichtigt werden.

KTA Schaffhausen fasst zusammen, dass der Antrag die weitergehende Prüfung von ressourcenschonendem Bauen nicht ausschließe. Es solle für zukünftige Bauprojekte genau geprüft werden, welche Materialien verwendet werden und dass diese nach einem Abriss zurückgeführt werden können. Er bittet um Abstimmung über den Antrag.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 1 Enthaltungen, 3 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen:

> „Der Antrag der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung ihr zukünftiges Handeln bei Baumaßnahmen nach dem Prinzip des Cradle-to-Cradle-Konzepts ausrichten soll, wird abgelehnt."

10. Antrag der Fraktion SPD gem. § 56 NKomVG, Alternativenprüfung zum geplanten Radweg an der K265 (972/2020)

KTA Schütte stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor, nach dem die Verwaltung Alternativen zum geplanten Radwegbau an der Kreisstraße 265 prüfen soll. Dabei soll die zumindest teilweise Aufständerung des Radweges sowie der Ausbau als „nachtleuchtender Radweg" berücksichtigt werden.

KTA Bertelt begrüßt die Idee grundsätzlich und finde es sinnvoll eine Aufständerung sowie eine leuchtende Fahrbahndecke bei einzelnen Projekten zu prüfen. Dennoch seien die Kosten ins Verhältnis zu setzen.

Herr Blömer (Sachgebietsleiter Tiefbau und zentrale Vergabestelle) führt aus, dass die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich in allen Planungsprozessen berücksichtigt und bei entsprechender Notwendigkeit auch umgesetzt werden. Als Beispiel nannte er die Radwegbrücke am Scharenbach an der Kreisstraße 247.
Bezüglich des geplanten Radweges an der Kreisstraße 265 sei eine Pfahlgründung nicht erforderlich, da beim vorangegangenen Straßenausbau bereits eine Verbreiterung des Gesamtaufbaus vorgenommen wurde. Dadurch wäre auf einem großen Teilstück kein umfangreicher (Moor-)Bodenaustausch erforderlich.

Auf einem längeren Abschnitt scheiden solche Bauweisen in der Regel aus Kostengründen aus, da sie gegenüber einer konventionellen Bauweise um ein 5- bis 10-faches teurer sind.
Des Weiteren erläutert Herr Blömer, dass die „nachtleuchtende Markierung“ der Verwaltung bekannt sei, diese europaweit jedoch nur auf wenigen Teilabschnitten aufgebracht wurde. Es werden fortlaufend die aktuellen Regelwerke überprüft und bei einer Zulassung durch die Bundesanstalt für Straßenwesen würde im Einzelfall geprüft werden, ob diese an Kreisstraßen unter Beachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses aufgebracht werden kann.

Herr Amtsleiter Stuntebeck ergänzt, dass eine Änderung des Planes für den Radwegbau an der Kreisstraße 265 zum jetzigen Zeitpunkt massive Auswirkungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren habe. Dies würde mit zeitlichen Verzögerungen einhergehen. Insbesondere die umfangreich durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des landschaftspflegerischen Begleitplans und des Artenschutzbeitrages (u.a. Schlingnatter-Vorkommen) müssten dann vollständig neu betrachtet werden.

KTA Schütte bittet nochmals um Zustimmung zu seinem Antrag, damit zukünftig diese Aspekte berücksichtigt und ggfls. Folgekosten gespart werden können. Bei einer Umsetzung an der Kreisstraße 265 könnten vorhandene Bäume geschützt und dem moorigen Untergrund entgegengewirkt werden.

KTA Meyer sieht in den Ausführungen der Verwaltung den Antrag bereits abgearbeitet und schlägt vor, dass die SPD ihren Antrag zurückziehe. Andernfalls beantrage sie den Antrag abzulehnen.

KTA Schaffhausen zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Ende der Sitzung: 19:09 Uhr

Vechta, 30.11.2020

Winkel
Landrat

Küther
Protokollführerin